

## Schottlands Unterhauswahl als Probegalopp?

### *Edinburg läuft Westminster den Rang ab*

Unter der neuen Teilautonomie haben die Unterhauswahlen in Schottland an Bedeutung eingebüsst. Vor allem die Nationalisten sehen sie eher als Probegalopp für die Neubestellung des Edinburger Parlaments in zwei Jahren. Labour kann in Schottland nur verlieren; die Konservativen wollen sich nach dem Debakel 1997 rehabilitieren.

*ppg. Edinburg, 1. Juni*

Noch weniger als in England deutet das Strassenbild in den schottischen Städten darauf hin, dass eine Wahlkampagne dem Höhepunkt zusteuert, und auch in der Presse hält sich die Erregung in Grenzen. Die Gewährung der Teilautonomie vor zwei Jahren hat die Unterhauswahlen in Schottland abgewertet. Für wesentliche Bereiche ist im Norden Grossbritanniens das Westminster-Parlament nicht mehr zuständig, insbesondere für Schulpolitik, Gesundheitswesen und öffentliche Sicherheit, die auf der Prioritätenliste der Wähler zuoberst rangieren. Nach wie vor liegt allerdings die Steuerhoheit bei der Regierung in London, die auch über Europa- und Asylpolitik, Steuern und soziale Sicherheit gebietet; das sind wichtige Themen im Wahlkampf. Die schottischen Wähler freilich unterscheiden kaum zwischen London vorbehaltenen und an Edinburg delegierten Zuständigkeiten, und deshalb kümmern sich auch die Parteien wenig um solche Feinheiten.

#### **Nebenschauplatz für die Nationalisten**

Im Unterschied zu früheren Unterhauswahlen spielt diesmal die Frage der schottischen Unabhängigkeit keine Rolle mehr. Alle schottischen Parteien haben die Autonomie in der gegenwärtigen Form akzeptiert, auch die Konservativen, die noch bei der Volksabstimmung kurz nach Labours Wahlsieg 1997 jede Aufweichung der Union abgelehnt hatten. Die Schottische Nationalpartei (SNP) tritt zwar weiterhin für die staatliche Selbständigkeit ein, hat sich jedoch entschlossen, den Marsch durch die bestehenden Institutionen anzutreten: Zuerst will sie Mehrheitspartei im schottischen Parlament werden, dann ein neues Referendum veranstalten und im Fall eines Ja des Volkes schliesslich Westminster zu Separationsverhandlungen zwingen.

Bei den Nationalisten zeigt sich die neue Ambivalenz in Schottland gegenüber dem Unions-Parlament besonders deutlich. Ihre erste Garde, die bisher die 6 Unterhaussitze der Partei einnahm,

konzentriert ihre Tätigkeit nun auf das Edinburger Parlament, wo die SNP nicht eine Randerscheinung wie in Westminster, sondern offizielle Opposition zur Regierungskoalition von Labour und Liberaldemokraten ist. Nur der ehemalige Parteichef Salmond, der letztes Jahr überraschend zurückgetreten war, stellt sich zur Wiederwahl ins Unterhaus. Dort soll er gewissermassen die Rolle des Führers einer Guerilla spielen, die bei jeder Gelegenheit für das schottische Nationalinteresse kämpft. Auch bei den andern Parteien strebt niemand mehr das theoretisch mögliche, aber unpraktikable Doppelmandat in London und Edinburg an.

Das reine Majorzsystem eröffnet den Nationalisten keine reellen Aussichten, Labours Vorherrschaft in Schottland – 56 von 72 Unterhausmandaten – bei diesen Wahlen zu erschüttern. Der 7. Juni ist für die SNP deshalb vor allem ein Probegalopp für die erste Gesamterneuerung des schottischen Parlaments im Frühling 2003. Dannzumal dürften die Nationalisten, wie ihre jetzige Kampagne andeutet, die Steuer- und Finanzhoheit zum Hauptthema machen. Sie behaupten, dass Schottland wegen der ans Londoner Schatzamt fliessenden Abgaben aus der Erdölgewinnung in der Nordsee einen Nettoverlust gegenüber England erleidet. Labour weist demgegenüber darauf hin, dass dank dem geltenden Verteilungsschlüssel, der wirtschaftlich rückständige Regionen im Vereinigten Königreich bevorteilt, in Schottland pro Kopf der Bevölkerung gut ein Fünftel mehr Staatsausgaben getätigt werden als in England. Ob völlige Finanzautonomie für Schottland vorteilhaft wäre, ist auch unter den Experten umstritten.

#### **Nervosität bei Labour**

Labour ist nur schon deswegen in der Defensive, weil die Regierungspartei das schottische Glanzresultat von 1997 kaum mehr verbessern kann. Ihre Hauptsorge ist es, die Wähler für den Gang an die Urne zu motivieren; eine schwache Beteiligung schadet, wie Nachwahlen gezeigt

haben, Labour am meisten. Dass vor zwei Jahren das Ziel der absoluten Mehrheit im Edinburger Parlament verfehlt wurde, erhöht die Nervosität der Favoritenpartei. Erklärtes Ziel der Nationalisten ist der Einbruch in Labours Stammlande im schottischen «Zentralgürtel» zwischen Glasgow und Edinburg. Dazu gibt sich die SNP, deren Ursprünge eher ländlich-konservativ sind, in den Städten sozialdemokratisch.

Um den Angriff von links, der auch in Gestalt der marxistischen Scottish Socialist Party erfolgt, besser abzuwehren, verfolgt die Schottische Labourpartei einen Kurs, der in wesentlichen Punkten mit jenem New Labours unter Blair kontrastiert. Im Edinburger Parlament akzeptierte man gegen den Rat der Londoner Zentrale freie Altenpflege, höhere Lehrerlöhne, die Abschaffung der Studiengebühren und einen Hilfsfonds für die Fischerei. Im jetzigen Wahlmanifest Labours fehlt in der schottischen Version die Bereitschaft zur Zusammenarbeit des Nationalen Gesundheitsdienstes mit dem Privatsektor.

Labour dürfte zum Vorteil reichen, dass zu seinen Unterhauskandidaten in Schottland prominente Kabinettsmitglieder wie Schatzkanzler Brown, Aussenminister Cook, Sozialminister Darling und Nordirlandminister Reid gehören; für Schottlandministerin Liddell allerdings ist das Londoner Regierungsamt, das der Opposition viele Ansätze zur Kritik bietet, ein zweischneidiges Schwert.

### **Kennedy-Bonus der Liberaldemokraten?**

Die Liberaldemokraten (LDP) sind in der schottischen Exekutive Koalitionspartner Labours, in der Unterhauswahl aber Gegner der Londoner Regierungspartei. Das Dilemma ist jedoch für beide Seiten erträglich, weil sie einander in einer Wahl, wo ohnehin nicht viele Mandatsverschiebungen erwartet werden, nur wenige Sitze direkt streitig machen. In erster Linie konzentriert sich die LDP darauf, ihr Resultat von 1997 zu verteidigen, als sie ihre schottische Unterhausdelegation auf 10 Abgeordnete ausbauen konnte. Dass ihr britischer Parteichef Kennedy, dessen unionsweite Kampagne gute Noten erhält, ein Schotte ist, kann den schottischen Liberaldemokraten natürlich nur helfen. Kennedys eigenes Mandat im Highland-Wahlkreis Ross, Skye and Inverness West gilt zwar als sicher, doch sein Vorsprung war vor vier Jahren mit 4019 Stimmen nicht so gross, dass er auf lokale Bemühungen völlig verzichten könnte.

### **Neuanfang der Konservativen**

Obwohl die Konservativen in Schottland kein einziges Unterhausmandat zu verteidigen haben, also nur gewinnen können, ist ihre Lage nicht beneidenswert. 1997 verloren die Tories alle 11 schottischen Sitze. Das Gleiche widerfuhr ihnen in Wales. Damit wurde die Partei, die offiziell «Conservative and Unionist Party» heisst und sich als Verteidigerin der britischen Union versteht, zur rein englischen Partei. Im schottischen Parlament konnten die Tories vor zwei Jahren dank dem Proporzsystem zwar Fuss fassen, doch für ihren unionistischen Anspruch entscheidender ist, dass ihr dies auch wieder in der schottischen Westminster-Delegation gelingt.

Unter dem regionalen Parteichef McLetchie haben sich die schottischen Konservativen mit der Autonomie versöhnt, ja sie bezeichnen heute sogar deren Vertiefung als beste Versicherung gegen die nationalistischen Unabhängigkeitsgelüste. Auch inhaltlich hat sich der schottische Ableger von Hagues rechtskonservativer Linie distanziert und dem sozialpolitisch aufgeschlosseneren schottischen Milieu angepasst. Die Erneuerung trug der Partei bei einer Nachwahl zum schottischen Parlament einen Sieg über Labour ein. Diesem Hoffnungsschimmer soll jetzt die Regeneration folgen.

Zum persönlichen Kreuzzug hat Sir Malcolm Rifkind die Tory-Relance gemacht. Als John Majors Aussenminister war Rifkind neben dem jetzigen Schattenschatzkanzler Portillo der prominenteste Tory gewesen, der im Erdbeben von 1997 sein Unterhausmandat an New Labour verlor. Er hätte sich seither auf eine Trostpflünder im Oberhaus zurückziehen oder sich um einen sicheren Tory-Sitz in England bewerben können; stattdessen will Rifkind den Wahlkreis Edinburgh Pentlands, den er 23 Jahre lang in Westminster vertreten hatte, wieder zurückerobern. Die Aufgabe ist schwer, denn mindestens drei andere Wahlkreise gelten als leichtere Ziele für die Konservativen.

### **Herausforderung des Speakers**

Ein Schotte im Unterhaus sollte eigentlich seinen Sitz völlig unangefochten halten können: Michael Martin, der letztes Jahr zum Speaker (Vorsitzenden) gewählt wurde. Im Einklang mit der Tradition haben die Konservativen und die Liberaldemokraten darauf verzichtet, im Wahlkreis des ehemaligen Labour-Abgeordneten, der beim Antritt seines Amtes die Fraktionszugehörigkeit aufgab, Gegenkandidaten aufzustellen. Nicht so jedoch die Nationalisten, die Sozialisten

und zwei weitere Aussenseitergruppen. Martin, der erste Katholik seit der Reformation und der erste Schotte seit 1835 als Speaker, muss deshalb in die Niederungen des Wahlkampfes herabsteigen

– ohne Name, Farbe und Symbol Labours zu verwenden.

### *Verluste Labours in Wales?*

*pgp.* Wie in Schottland haben auch in Wales die Nationalisten mit der 1999 verwirklichten Autonomiepolitik Auftrieb erhalten. Plaid Cymru, die «Partei von Wales», wurde mit 17 von 60 Sitzen zweitstärkste Partei in der Nationalversammlung von Cardiff. Dabei nahm sie Labour Direktmandate in Hochburgen ab, die zuvor als uneinnehmbar gegolten hatten. Bei den letzten Unterhauswahlen hatten die walisischen Nationalisten lediglich ihre 4 Mandate gehalten. Jetzt erwarten sie Gewinne, wenn auch nicht im gleichen Ausmass wie im Regionalparlament, das im Proporzverfahren gewählt wurde. «Linke» Postulate Plaid Cymrus – stärkere Besteuerung hoher Einkommen, höherer Mindestlohn – zielen auf Labours Stammwähler in den darniederliegenden walisischen Industriegebieten, die mit New Labours Stil wenig anfangen können. Von staatlicher Unabhängigkeit träumt die «Partei von Wales» offiziell nicht mehr; sie postuliert lediglich die Aufwertung der walisischen Verwaltungsautonomie zur gesetzgeberischen Selbständigkeit nach schottischem Muster.

Tony Blairs Regierungspartei verteidigt nicht weniger als 34 der 40 walisischen Unterhausmandate. 7 davon hatte sie 1997 den Konservativen abnehmen können. Wie in Schottland dürfte Labour damit das Maximum erreicht haben und muss diesmal mit Verlusten rechnen. Einziger Waliser im Kabinett Blair ist Paul Murphy, der Minister für Wales. Das Verhältnis zwischen der Regionalpartei und der Führung in der Londoner Zentrale ist kühl. Der Premier zwang bei den Regionalwahlen der walisischen Labourpartei 1999 einen ungeliebten Spitzenkandidaten, Alun Michael, auf. Prompt verlor dieser letztes Jahr als «First Minister» das Vertrauen der Nationalversammlung und wurde durch den Lokalfavoriten Rhodri Morgan ersetzt. Dieser bildete anstelle der Minderheitsregierung eine Koalition mit den Liberaldemokraten, die damit nach Edinburg auch in Cardiff in die Exekutive aufrückten. Im Unterhaus belegt die LDP zwei walisische Sitze, und im besten Fall kann sie auf Kosten Labours einen dazugewinnen.

Die Konservativen verschwanden vor vier Jahren als walisische Unterhauspartei von der Bildfläche – eine weitere Parallele zu Schottland. Von den damals verlorenen 8 Sitzen hoffen die Tories 2 bis 3 zurückzuerobern; höhere Erwartungen wären vermessen.

### *Verluste Labours in Wales?*

*pgp.* Wie in Schottland haben auch in Wales die Nationalisten mit der 1999 verwirklichten Autonomiepolitik Auftrieb erhalten. Plaid Cymru, die «Partei von Wales», wurde mit 17 von 60 Sitzen zweitstärkste Partei in der Nationalversammlung von Cardiff. Dabei nahm sie Labour Direktmandate in Hochburgen ab, die zuvor als uneinnehmbar gegolten hatten. Bei den letzten Unterhauswahlen hatten die walisischen Nationalisten lediglich ihre 4 Mandate gehalten. Jetzt erwarten sie Gewinne, wenn auch nicht im gleichen Ausmass wie im Regionalparlament, das im Proporzverfahren gewählt wurde. «Linke» Postulate Plaid Cymrus – stärkere Besteuerung hoher Einkommen, höherer Mindestlohn – zielen auf Labours Stammwähler in den darniederliegenden walisischen Industriegebieten, die mit New Labours Stil wenig anfangen können. Von staatlicher Unabhängigkeit träumt die «Partei von Wales» offiziell nicht mehr; sie postuliert lediglich die Aufwertung der walisischen Verwaltungsautonomie zur gesetzgeberischen Selbständigkeit nach schottischem Muster.

Tony Blairs Regierungspartei verteidigt nicht weniger als 34 der 40 walisischen Unterhausmandate. 7 davon hatte sie 1997 den Konservativen abnehmen können. Wie in Schottland dürfte Labour damit das Maximum erreicht haben und muss diesmal mit Verlusten rechnen. Einziger Waliser im Kabinett Blair ist Paul Murphy, der Minister für Wales. Das Verhältnis zwischen der Regionalpartei und der Führung in der Londoner Zentrale ist kühl. Der Premier zwang bei den Regionalwahlen der walisischen Labourpartei 1999 einen ungeliebten Spitzenkandidaten, Alun Michael, auf. Prompt verlor dieser letztes Jahr als «First Minister» das Vertrauen der Nationalversammlung und wurde durch den Lokalfavoriten Rhodri Morgan ersetzt. Dieser bildete anstelle der Minderheitsregierung eine Koalition mit den Liberaldemokraten, die damit nach Edinburg auch in Cardiff in die Exekutive aufrückten. Im Unterhaus belegt die LDP zwei walisische Sitze, und im besten Fall kann sie auf Kosten Labours einen dazugewinnen.

Die Konservativen verschwanden vor vier Jahren als walisische Unterhauspartei von der Bildfläche – eine weitere Parallele zu Schottland. Von den damals verlorenen 8 Sitzen hoffen die Tories 2 bis 3 zurückzuerobern; höhere Erwartungen wären vermessen.